

Macron ist in einer politischen Todesspirale

Frankreich steht vor einer Krise, wie es sie seit fast 70 Jahren nicht mehr gegeben hat – ist es Zeit für eine Sechste Republik?

19.09.2025 | Tarik Cyril Amar

Das Frankreich von Präsident Emmanuel Macron, der in Wirklichkeit ein egozentrischer Machthaber ist, befindet sich irgendwo zwischen einer „sich zuspitzenden politischen Krise“ ([Financial Times](#)), „großen Schwierigkeiten“ ([The Economist](#)) und einem endgültigen Zusammenbruch. Wieder einmal.

Kaum eine Woche, nachdem unter akuten Krisenbedingungen eine neue, wenn auch fragile Regierung zusammengeschustert wurde, bereitet sich das Land auf „große [Anti-Sparmaßnahmen](#)-Demonstrationen und Streiks“ vor, während die Staatsfinanzen „verhängnisvoll“ sind und der Haushalt für 2026 eine große Frage ohne Antwort bleibt. In Paris beispielsweise ist die Metro halb lahmgelegt, im ganzen Land streikt ein Drittel der Lehrer.

Eine frühere Protestwelle unter dem Motto „Lasst uns alles blockieren“ erreichte dieses ehrgeizige Ziel zwar nicht ganz, zog aber [doppelt so viele](#) Teilnehmer an, wie die Behörden erwartet hatten. In dieser Hinsicht ähneln die französischen Proteste – auch wenn sie einen anderen ideologischen Hintergrund hatten – der jüngsten „[Unite the Kingdom](#)“-Kundgebung [in London](#). Auf beiden Seiten des Ärmelkanals halten sich die veralteten, unpopulären und unempfindlichen Regierungen der Mitte nur noch mit Mühe über Wasser.

Wie uns die Franzosen gelehrt haben, gilt: „Plus ça change, plus c’est la même chose“ („Je mehr sich die Dinge ändern, desto mehr bleiben sie gleich“). Insbesondere nach Macrons zwei unverantwortlichen und egoistischen Entscheidungen von 2024 findet Frankreich keinen Ausweg aus dem Chaos, das er verursacht hat: Zunächst berief er vorgezogene Parlamentswahlen ein, um dann den Willen der französischen Wähler zu ignorieren.

Hätte Macron die Ergebnisse der von ihm selbst initiierten Wahlen respektiert, hätte er entweder einen linken Block, der die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte, oder die neue rechte Partei Rassemblement National (RN), die die meisten Stimmen für eine einzelne Partei erhielt, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragen müssen. Doch der Mann mit einem riesigen Ego und einer unglaublich schrumpfenden Popularitätsbasis, der von einer überwältigenden Mehrheit seines Volkes klar abgelehnt wurde, glaubte, es besser zu wissen. Seitdem versucht Macron, seinen Willen gegen das Parlament durchzusetzen. Das Problem? Das Parlament ist damit nicht einverstanden.

Nach dem, was der YouTube-Kanal der ehrwürdigen linken Zeitung l’Humanité als „[parlamentarisches Harakiri](#)“ des letzten politisch kurzlebigen Premierministers bezeichnet, geht es nun wieder von vorne los. Totale Blockade im politischen Zentrum; auf den Straßen malerische Unruhen mit traditioneller Folklore wie brennenden Mülltonnen, Polizisten mit Schlagstöcken und Tränengas in Hülle und Fülle; und schließlich ein weiterer zwanghafter Versuch des unbeliebten Macron, das zu erreichen, was immer wieder scheitert: die Einsetzung eines neuen – seines fünften in weniger als

zwei Jahren – Premierministers (sein Name ist Sébastien Lecornu, aber merken Sie sich das nicht), der keine Mehrheit im Parlament hat und daher unmöglich den Haushalt verabschieden kann, den der ehemalige Investmentbanker Macron will, um seine Art von austeritärem Neoliberalismus zur Bewältigung der sehr realen Schuldenkrise Frankreichs durchzusetzen. Die Reichen zufriedenstellen, alle anderen auspressen.

Kurz gesagt: Da Macron sich weigert, entweder Neuwahlen anzusetzen oder zurückzutreten, befinden wir uns erneut in einer Abwärtsspirale. Das ist zumindest eine verlockende Interpretation der aktuellen Lage in Paris und dem unglücklichen Land, das von seinem distanzierten Präsidenten geplagt wird. Und doch könnte es diesmal anders sein. Nämlich noch schlimmer. Vielleicht ist diese Krise nicht nur das übliche schlechte Geschäft, sondern ein Zeichen dafür, dass ein größeres politisches Erdbeben bevorsteht, eines, das die Landschaft neu gestalten wird.

Betrachten wir zunächst einmal die faszinierende Häufigkeit, mit der Kommentatoren historische Vergleiche anstellen. Zwei britische Experten, die für das konservative britische Magazin *Spectator* über das Chaos in Frankreich diskutierten, konnten nicht umhin, daran zu erinnern, dass auch die Französische Revolution – die große von 1789 – [mit einer Schuldenkrise begann](#).

In Frankreich denkt der renommierte Journalist [Frédéric Taddeï](#) über die Schlacht von Valmy nach – einen französischen Militärsieg, der jedoch untrennbar mit der Revolution verbunden war. Die Bastille war mehr als ein Jahr vor der Schlacht gefallen, und der König sollte weniger als ein halbes Jahr danach guillotiniert werden.

Und die [Financial Times](#) kann nicht aufhören, „1958“ zu erwähnen. Das war das fatale Jahr, in dem Frankreichs vorherige Verfassung – der Entwurf der unglückseligen, dysfunktionalen Vierten Republik, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde – einen Herzstillstand erlitt und durch die aktuelle Fassung, die Fünfte Republik, ersetzt wurde. „Macrons Entscheidungen“, bemerkt die *Financial Times* weise, „haben zu politischen Unruhen geführt, wie man sie seit 1958 nicht mehr gesehen hat.“ In der Tat.

Lassen Sie das auf sich wirken: Zwischen 1948 und 1958, während der Vierten Republik, wechselte die französische Regierung im Durchschnitt [alle sechs Monate](#). Der ehemalige Superpräsident Charles de Gaulle entwarf die Fünfte Republik genau zu dem Zweck, dieser chronischen Instabilität ein Ende zu setzen. Nun, zerstört durch die schlimmste Kombination aus Narzissmus und Überheblichkeit seit Napoleon III., leidet die Fünfte Republik nun unter Selbstblockaden und Unbeständigkeit. Bravo, Emmanuel! Ein Punkt für „la grandeur“! Die „langsamen Applause“ der Geschichte werden für immer Ihnen gehören.

Unterdessen sorgt die anhaltende Macronalyse aufgrund zunehmender sozialer Ungleichheit und Ängste in Verbindung mit den autoritären und manipulativen Gewohnheiten des Präsidenten für massive Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Kein Wunder, dass einige, wie beispielsweise Jean-Luc Mélenchon – Vorsitzender der nicht-zentristischen („populistischen“) Linkspartei La France Insoumise (Unbeugsames Frankreich) oder LFI – eine [Sechste Republik](#) fordern, also eine weitere grundlegende Neugestaltung der Verfassung und des politischen Systems.

Wie wird es also weitergehen? Ein qualvoller, langsamer Kampf durch zwei weitere Jahre von Macrons Ego-Trip, weil seine Amtszeit noch so lange dauert und er nicht endlich das einzig Anstän-

dige tut, was er noch für sein Land tun kann, nämlich zurückzutreten? Eine böse und nicht gerade kleine Krise nach der anderen?

Oder steht die Fünfte Republik, De Gaulles stolzes Werk, das nun von einem bombastischen und inkompetenten Epigonen ruiniert wird, kurz davor, zu einem Ancien Régime zu werden? Die schlechte Erinnerung, die nach einer Revolution zurückbleibt?

Marine Le Pen von der RN [hat in einem Punkt sicherlich Recht](#): Macrons verzweifelter Versuch, seine obstruktive Hartnäckigkeit als Kampf für politische „Stabilität“ zu verkaufen, ist zutiefst pervers. Es ist genau diese Art von „Stabilität“ – einen Präsidenten ohne Rückhalt im Amt zu halten, um immer wieder Regierungen mit noch weniger Rückhalt durchzusetzen, als ob Wahlen keine Rolle spielen würden –, die eine klare Mehrheit der Franzosen nicht will. Stattdessen wollen sie echte und dringend notwendige Veränderungen.

Welche Art von Veränderungen sind das? Wenn man den Parteien zuhört – der Neuen Linken (LFI) und der Neuen Rechten (RN), aber nicht der sogenannten Mitte –, für die die Franzosen tatsächlich stimmen, dann wollen sie ein Ende des neoliberalen Austeritätskurses. Sie sind sich auch einig, dass die echte nationale Souveränität wiedererlangt werden muss. In Fragen der Migrations- und Wirtschaftspolitik sind sich die Linke und die Rechte nicht einig, aber es besteht kein Zweifel daran, dass die Mitte in beiden Fragen zutiefst unattraktiv ist.

Es mag zudem eine Ironie der Geschichte sein, dass der pseudo-gaullistische Macron zumindest in einigen wichtigen Punkten durch Dinge hinweggefegt werden könnte, die De Gaulle bereits in dem annus horribilis 1958 als Ärgernis für die Franzosen erkannt hatte. Wie er uns im Kapitel „Erneuerung 1958-1962“ seiner „Memoiren der Hoffnung“ mitteilte, ging es bei der Krise von 1958 nicht nur um den brutalen und kläglich gescheiterten Kolonialkrieg Frankreichs in Algerien. Es ging auch um die unausgewogene, für das Land nachteilige Beziehung zum Vorgänger der EU, der EGKS, und um die mindestens ebenso schädliche Beziehung sowohl zu den USA als auch zur NATO.

Die EU ist bereits Ziel expliziter Kritik sowohl seitens des RN als auch der LFI. Die beiden führenden Politiker des RN, [Marine Le Pen](#) und Jordan Bardella, betonen immer wieder, dass eines ihrer Ziele darin besteht, die Verschwendung von Geldern für die EU zu beenden. Beide kritisieren das klägliche und beschämende Versagen der EU, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitgliedstaaten gegen den Zollkrieg der USA zu schützen. Für Bardella kommt das jüngste Fiasko von Ursula von der Leyen in Trumps Turnberry Berghof sogar einem „demokratischen [Verrat](#)“, einem „politischen Rückschlag“ und einer „Kapitulation“ gleich.

Ähnlich klare Worte über die NATO werden Sie kaum hören. Aber, Atlantiker, verlassen Sie sich nicht auf dieses Schweigen. Es bedeutet nicht, dass es keine Unzufriedenheit gibt. Es bedeutet lediglich, dass die mit der NATO verbundenen Interessen – also das, was vom US-Imperium in Europa übrig geblieben ist – noch sensibler sind als die mit der EU verbundenen. Wie zu erwarten in dem de facto dualen NATO-EU-System, in dem die EU die zweite Geige spielt.

Die Krise des Macron-Regimes, unter der die Franzosen leiden – in Frankreich entweder „Macronisme“ oder „la Macronie“ genannt – mag so aussehen, als ginge es „nur“ um Haushalte, Schulden, Renten, Feiertage und insgesamt um Sparmaßnahmen und soziale Ungleichheit. Doch es gibt auch eine internationale, sogar geopolitische Dimension. Ein Frankreich, das bereit ist, seine echte Sou-

veränität zurückzugewinnen, muss zumindest seine Beziehungen sowohl zur EU als auch zur NATO grundlegend neu gestalten.

Und wenn es klug ist, muss es auch den wahren de Gaulle wiederentdecken, einen Staatsmann, der in patriotischer Rebellion und einem Krieg um alles oder nichts gestählt wurde – kein verwöhntes Finanzgenie –, der wusste, dass Europa sich von Gibraltar bis zum Ural erstreckt (nein, nicht nur bis Kiew) und dass sein westlicher Teil Russland braucht, um ein Gegengewicht zu den rücksichtslosen und ausbeuterischen USA zu bilden.